Das deutsche Proletariat wird, führt er das Kapital nicht, auf diese Linie zurückmarschieren, damit die Handelsbilanz sich aktiver gestalte.

Ausland

Der Klassenkampf in Australien

Australien begann als „politische Verbrecher"-Kolonie.

Dieser Erdteil zahlreicher Inseln ist heute ebenso wie alle anderen Länder ein Schauplatz des Klassenkampfes. Die Geschichte des Landes ist eine höchst lehrreiche für das Proletariat, besonders für die Arbeiter Europas.

Die Bahnbrecher in Australien gehörten nicht zu dem gewöhnlichen Typus von Auswanderern, sondern waren Männer, die aus ihrem Heimatlande, England, verbannt waren, weil sie es gewagt hatten, sich der herrschaft der damaligen Bourgeoisie zu widersetzen. Es war im Jahre 1788, daß Britannien zuerst sich dafür entschied, den Versuch zu machen, dieses neue Land zu kolonisieren, und die ersten Ansiedler wurden schon in diesem Jahre vorhin transportiert. Aber im Jahre 1793, als die Regierung den Beruf der amerikanischen Kolonie erlitt, wohin früher alle unerwünschten Elemente gesandt worden waren, entschloß sie sich, die Verbannung als Strafmethode einzuführen, um auf diese Weise Australien zu bevölkern, denn man hoffte, daß schließlich die Verbannten doch wieder nützliche und ergebene Untertanen der „guten und wohlwollenden" Regierung werden würden. Man sieht also, daß die ersten weißen Einwanderer in Australien Männer gewesen sind, die es gewagt hatten, für Freiheit einzutreten, indem sie sich gegen die Macht der herrschenden Klasse auflehnten.

Die australischen Ureinwohner.

Ueber die australischen Ureinwohner weiß man wenig, denn keine Staatsbehörde hat genügend Interesse gezeigt, ihre Lebensgesetze und Gebräuche gründlich erforschen zu lassen. Von verschiedenen Seiten war man bezeriig interessiert, daß man verschiedentlich Angriffe auf sie machte und glaubte, auf diese Weise für sie Stellt etwas Wissenswertes zu erfahren. Die australischen Ureinwohner sind weder in Statistiken der Regierung, noch in der Volkszählung einbegriffen. Dieses ist wohl wegen ihres geringen Werts auf dem Arbeitsmarkt und weil sie eben es vorziehen, nach ihrer eigenen Art zu leben als nach der „zivilisierten". Es wird vielfach behauptet, daß diese Ureinwohner die niedrigsten entwickelten der Menschheit sind, aber da sie so schwer zugänglich sind, ist es sehr schwierig, ihre „Kulturstufe" genau festzustellen. Die Regierungen der verschiedenen Staaten Australiens haben für sie Lager eingerichtet, wo sie mit Nahrung, Kleidung und Obdach versehen werden. Die meisten jedoch ziehen es vor, ihr Nomadenleben zu führen, indem sie in Gruppen verteilt im Innern des Landes, abseits des kapitalistischen Ausbeutertums ihre Existenz fristen.

Es ist schwer, die Anzahl der Ureinwohner festzustellen. Laut der Statistik der australischen Regierung soll es noch eine große Anzahl im „Stadium der Wildheit" geben. Was damit gemeint ist, kann man nur dahin auslegen, daß sie die „Gesittung" der Weißen nicht vertragen können und es daher vorziehen, ihnen fernzubleiben. Manchmal hört man, daß ein Weißer von ihnen geistet wurde, aber dann kann man mit Sicherheit annehmen, daß die Eingeborenen ganz ungeheuer provoziert worden sind. Als eine Rasse sind sie nicht kriegerisch gesinnt und wünschen in Frieden zu leben. Man findet sie meistens in Queensland, dem Nordgebiete und West-Australien. Im Jahre 1911 gab es ihrer noch 160 000, jedoch im Jahre 1915 schätzte man sie nur auf 80 000. Eine Tatsache ist unleugbar, und zwar, daß sie schnell aussterben, hauptsächlich wegen ihrer sehr dürftigen Lebensweise, welche sie der Lohnsklaverei unter weißen Ausbeutern verdanken.

Die weißen Ansiedler.

Wie bereits bemerkt, bestand die ursprüngliche weiße Bevölkerung Australiens aus Personen, welche die britische Regierung meistens aus politischen Gründen, als die Interessen des Heimatlandes gefährdende, verbannt hatte, von welchen sie jedoch hoffte, daß sie nutzbringende bei der Kolonisierung der Insel-Kolonie im Süden sich beteiligen würden. Dieses Blatt britischer Kolonisationsgeschichte ist wohl sehr interessant, jedoch hier wenig von Belang, da es sich nicht mit dem modernen Klassenkampf beschäftigt. Die verbannten „Verbrecher" und ersten Ansiedler arbeiteten hauptsächlich nahe der Küste und verbreiteten sich erst später über das Innere des Landes. In den Jahren 1804 und 1808 kam es zu Revolten seitens der Sträflinge, aber diese wurden sogleich von der bewaffneten Macht unterdrückt. Erst im Jahre 1850 wurde die allgemeine Aufmerksamkeit auf das Land gelenkt infolge der Entdeckung von Goldsedern in verschiedenen Teilen. Man fand Gold schon im Jahre 1839, aber die Aufmerksamkeit erfuhr davon erst im Jahre 1850. Dann setzte eine sehr große Einwanderung ein, der zufolge in zwanzig Jahren die Bevölkerung um fast eine Million Menschen zunahm.

Der erste Kampf des Proletariats.

Mit dem Zustrom von Menschen aus aller Welt, die hier ihr „Glück" suchten, sich mit den ersten Ansiedlern mischten und das Land schnell entwickelten, kam es sehr bald zu unvorhergesehenen Fehden. Es war ja doch nur ganz natürlich, daß in diesem neuen Leben und Treiben gewisse Konflikte entstanden. Niemand ahnte, daß die Rechte der Bergarbeiter und der anderen neuen Ansiedler so arg von den Despoten jener Zeit mit Füßen getreten werden würden. Im Jahre 1854 brach in den Ballarat-Goldfeldern ein sehr scharfer Zusammenprall zwischen den Bergarbeitern und der Regierung aus, der sich zu einer Kraftprobe zwischen den Arbeitern und der bewaffneten Staatsmacht entfaltete. Die Bergarbeiter errichteten gewaltige Barrikaden auf einem großen Platze, Eureka-Stockade genannt, und beschlossen, ihre Kräfte mit denen des Militärs zu messen. Noch heute erinnert man sich an die Erzählungen über die Heldentaten, welche die Bergarbeiter damals vollbracht, als sie es wagten, gegen die Gewalt der australischen Regierung vorzugehen. Nach Scharmützeln weniger Tage griffen die Regierungstruppen die Feste der Bergarbeiter mit Geschützen und Bajonetten an und zerstörten ihre primitive Zitadelle, wobei diese Arbeiter ihr Leben einbüßten. So wurde der erste Freiheitskampf der Arbeiterschaft am 3. Dezember 1854 geführt, der mit einer Niederlage der Arbeiter endete. Nach diesem Aufstande trat wieder Ruhe ein, und im Jahre 1859 hatte sich das Land schon politisch in die jetzigen Formen von Staaten geteilt. Diese sind: Neu-Südwales, Victoria, Queensland, Süd-Australien, West-Australien und Tasmanien, eine Insel dicht am Festlande.

Bei dieser Regierungsform kam es bald zu Unruhen, denn jeder Staat war eigentlich autonom und somit fehlte eine gewaltige Konkurrenz zwischen den Kapitalistengruppen der verschiedenen Staaten ein. Der Kampf, solange er dauerte, war sehr scharf und erbittert, besonders zwischen Neu-Südwales und Victoria. An den Grenzen dieser Staaten befanden sich Zollämter und Zollbeamte, weil ein Staat seinen Handel mittels Schutzzoll und der andere ohne solchen führte und jeder behauptete, daß sein System dem Lande zum Nutzen gereiche. Als sie ganz einsahen, daß ihre gemeinsamen kapitalistischen Interessen durch ein so wildes Durcheinander nur allseitige Schädigung bedeutete, schlossen sie sich schließlich zu einer Staatenföderation mit einer einheitlichen Verfassung zusammen.

Im Jahre 1900 traten Neu-Südwales, Victoria, Queensland, Süd-Australien und Tasmanien als gewaltige Föderation zusammen. Später trat West-Australien hinzu. Das erste Parlament des australischen Staatenbundes wurde unter einer liberalen Regierung im Jahre 1901 eröffnet.

Die Arbeiter-Regierungen.

Laut der Bundesverfassung gibt es ein Ober- und Unterhaus und einen Bizekönig. Das Parlament wird für nicht länger als drei Jahre gewählt und jeder Staat stellt sechs Vertreter für das Oberhaus. Die Vertretung für das Unterhaus wird nach einer gewissen Verhältnisziffer gewählt, so daß diese Vertreter die doppelte Anzahl der des Oberhauses sind.

Im Jahre 1902 wurde das allgemeine Stimmrecht für alle über einundzwanzig Jahre in dem Staatenbunde eingeführt. Laut Verfassung kann das Bundesparlament Gesetze über Industrie, Handel, Steuern, Postangelegenheiten und Landesverteidigung, Geldwährung, Volkszählung und Arbeitsangelegenheiten annehmen und durchführen. Die letzteren beziehen sich auf industrielle Konflikte. Bei beabsichtigter Aenderung der Verfassung ist eine Volksabstimmung möglich. Eine solche hat bereits viermal stattgefunden und jedesmal hat das Volk mit „nein" gestimmt.

Vier Jahre nach Einführung der Bundesverfassung kam die Arbeiterpartei an die Regierung. Seitdem und bis heute hat es fünfmal Arbeiterregierungen gegeben und es ist wirklich interessant, ihre „wunderbaren" Leistungen zu verzeichnen. Sie sollten dem Proletariat in allen Ländern — in Deutschland nicht ausgenommen — eine Warnung sein, was sie einmal von einer „reinen" Arbeiter- oder „rein" sozialistischen Regierung zu erwarten haben. Jahrelang hat die „sozialistisch" getünchte Arbeiterpartei in Australien die Massen als Stimmvieh zur Wahl ihrer Arbeiterregierungen benutzt, um sie dann schmählich in Not und Elend verkommen zu lassen und dann noch obendrein zu verhöhnen.

Das „segensreiche" Wirken der Arbeiterregierungen in Australien hat den arbeitenden und arbeitslosen Massen nicht nur vollends bewiesen, daß die Arbeiterbonzen sie stets verraten und verkauft haben, sondern, was noch viel wichtiger ist, daß sie weder von dem Parlamentarismus, noch von den Gewerkschaftsfunktionen etwas zu erhoffen haben.

Zur internationalen Konferenz

Wir veröffentlichen hier zwei Rundschreiben des des Geschäftsführenden Hauptausschusses und des der Berliner Organisation, indem wir mitteilen, daß das Berliner Rundschreiben schon in vielen Bezirken im Prinzip angenommen ist.

Rundschreiben des Geschäftsführenden Hauptausschusses.

Werte Genossen!

Zur Frage der Internationale hatte der letzte Parteitag Richtlinien angenommen, die die Schaffung eines internationalen Informations- und Organisationsbureaus aussprachen und eine später zusammentretende Konferenz vorsahen. Diese internationale Konferenz findet in der nächsten Zeit statt.

Nach der Entwicklung, die die Moskauer Internationale im letzten halben Jahre genommen hat, scheint uns die Notwendigkeit, die Kommunistische Arbeiterinternationale formell zu gründen, erwiesen und wir glauben, daß die Partei dieses auch in aller Form aussprechen soll. Wir erwarten eure Stellungnahme hierzu.

Zur Konferenz selbst machen wir folgende Vorschläge:

1. Die KPD. entsendet eine Delegation von fünf Genossen, von denen der Hauptausschuß einen stellt und die größten Wirtschaftsbezirke der Partei Groß-Berlin und Rheinland-Westfalen auch je einen.

2. Abstimmungsberechtigt sind nur Delegierte, die selbständige Organisationen vertreten. Den Abstimmungsmodus selbst regelt die Konferenz. Die Beschlüsse dieser Konferenz sind gut bindend, wenn sie von den angeschlossenen Organisationen akzeptiert worden sind.

3. Die Konferenz wählt zur Führung der Geschäfte eine Exekutive, die aus den verschiedenen internationalen Parteien nach Vorschlag der Konferenz zusammengesetzt sein muß und ihren Sitz vorläufig in Deutschland hat. Die Konferenz wählt nicht die Mitglieder dieser Exekutive, sondern bestimmt nur die Parteien, die die Genossen für die Exekutive zu stellen haben. Wir bitten um eure Vorschläge, wieviel Genossen und wer von unserer Partei zu diesen Funktionen vorgeschlagen werden soll.

4. Zur Kontrolle der Kassengeschäfte wird eine Revisionskommission eingesetzt. Der Kongreß bestimmt die Organisation, die die Mitglieder dieser Kommission zu stellen hat.

5. Für die gesamte politische Haltung, insbesondere für die herausgehende Literatur ist die Exekutive als Ganzes dem Kongreß und jedes Mitglied seiner Partei verantwortlich.

6. Die angeschlossenen Organisationen haben an die Exekutive für die laufenden Arbeiten Pflichtbeiträge in noch festzusetzender Höhe abzuführen.

7. Die Internationale Konferenz hat jährlich mindestens einmal zu tagen.

8. Als Grundlage zur Taktik sind zugleich die Vorschläge, die die KPD. auf dem 3. Kongreß der 3. Internationale vorgelegt hat und die abgedruckt sind in Nr. 2 der kleinen Flugschriften und in Nr. 7 und 8/9 der Zeitschrift „Proletarier".

Wir bitten, zu all diesen Vorschlägen sofort Stellung zu nehmen und etn. Abänderungsvorschläge sofort an uns einzusenden. Die späteste Frist 5. Februar erwarten wir von euch gemeinen Bericht.

Mit kommunistischem Gruß

Geschäftsführender Hauptausschuß der KPD.

Rundschreiben Groß-Berlins.

Werte Genossen!

Wir unterreichen der Mitgliedschaft folgende Leitsätze, in denen die Ausführung des Arbeitsausschusses der Berliner Organisation konzentriert ist.

1. Als Grundlage für die Diskussion bieten die vom Parteitag angenommenen Thesen in Nr. 224 der „RZ." und „Proletarier" Nr. 8. Die speziell zu behandelnde Frage ist im letzten Absatz niedergelegt. Daraus ergibt sich, daß das Organisationsbureau wohl das Recht und die Pflicht hat, eine internationale Konferenz einzuberufen, daß jedoch auf dem Parteitag kein Beschluß gefaßt wurde, daß die Kommunistische Arbeiterinternationale auf diesem Kongreß gegründet werden soll. Auf keinen Fall kann der Kongreß etwas Bindendes für die Partei beschließen. Wir verlangen daher die sofortige Einberufung einer Zentralausschußsitzung.

2. Die Konferenz wird außer den zu behandelnden theoretischen Fragen zur Frage des Organisationsbureaus Stellung zu nehmen haben. Die Konferenz, die internationalen Charakter tragen soll, muß zu dem Beschluß des Parteitages, das das Bureau von der KPD. allein gestellt wird, Stellung nehmen. Soll das Organisationsbureau als solches weiter bestehen bleiben, so muß eine internationale Zusammensetzung garantiert sein, wobei die Parteien, die ihre Vertreter entsenden, dieselben jederzeit zurückberufen können. Ist die Zusammensetzung auf internationaler Grundlage nicht möglich, so müssen die Geschäfte des Organisationsbureaus von den Geschäftsführern Hauptausschuß, der verstärkt werden kann, miterledigt werden.

Ein Organisationsbureau als selbständige Körperschaft außerhalb des Rahmens der Partei, das dem Hauptausschuß der Partei nicht unterstellt ist, bildet eine ständige Gefahr für die Partei und ist geeignet, die Partei auseinanderzusprengen.

3. Die Gründung der Kommunistischen Arbeiterinternationale ist für und eine grundsätzliche Frage. Darüber, daß die Dritte Internationale zusammengebrochen ist und das Proletariat gegenüber der vereinigten Aufsauinternationale ohne internationale Kampforganisation ist, die notwendig ist zur Durchführung der Revolution, streiten wir ebenfalls nicht. Wir betonen ausdrücklich, daß sie notwendiger ist denn je. Wenn wir diese Frage bejahen, so drängt sich uns die andere Frage auf: Ist die Gründung nach den Grundsätzen unseres Programms möglich?

Wir verneinen diese Frage. Die Gründe sind noch dieselben wie die, die die Berliner Organisation auf dem Parteitag geltend machte.

Von wirklichen Industrieländern ist nur Deutschland vertreten. Außerdem Holland und Bulgarien. Gewiß wird die Dritte eine russische, so wird die 4. Internationale eine deutsche Internationale sein. Auch in unserer Partei besteht kein Zweifel darüber, daß trotz des Verrates von Moskau die KPD. und die Union zahlenmäßig zurückgehen. Die Tatsachen sagen uns, daß diese Internationale, die sich, so klein sie zahlenmäßig ist, noch nicht einmal auf die Länder über dem Meere, in denen die Revolution auf der Tagesordnung steht, wenn erst den Tage ihrer Gründung an einen Kampf um ihre eigene Existenz führen müßte, und gerade darin sehen wir die Gefahr der Zersplitterung. — Für uns gilt noch immer das Wort: Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein! Wir werden nicht müde werden, die Internationale der Tat zu propagieren. Aber folgt das Proletariat unserem Rufe nicht, so sind wir mit der „Gründung" noch keinen Schritt weiter.

„Im Gegenteil! Die KPD. würde beitreten ohne jeden Einfluß, ohne jede Autorität, und könnte weiter nichts tun, als die Propaganda für sich selbst betreiben. Kein Mensch kann der dem Zusammenbruch garantieren.

Wir glauben, daß die Erfahrungen der Arbeiterbewegung lehren, daß die Zeit der „Gründungen" vorbei ist. „Der Gedanke der Internationalen ist schon diskredtiert genug! Die Gründung der KAI. kann nur das Resultat einer Entwicklung und Klärung von unten auf sein, nicht der Anfang.

Wir ersuchen euch, zu all diesen Fragen umgehend Stellung zu nehmen und über die Punkte getrennt abzustimmen.

Der Arbeitsausschuß Groß-Berlin.

Mitteilungen

Infolge fortgesetzter enormster Preissteigerung kostet die „R.Z." von 1. Februar ab 1,— M.

Die Bezieher werden auf die Bestellung zum 1. Februar hingewiesen. Der Bezugspreis beträgt für mitwirkende Mitglieder 10 Mark, für politische Arbeitende 6 Mark. Die Gilde für Arbeitslose bleiben bestehen.

6. Bezirk. Am Mittwoch, den 1. Februar, Mitgliederversammlung.

9. Bezirk. Am Mittwoch, den 1. Februar 1922, abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung im „Neuen Stadtbad" (früher Gretli) Hermann- Ecke Schönhauser. Der wichtigen Kassenabrechnung wegen ist es Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes zu erscheinen.

Arbeiter-Wandervund „Naturfreunde".

Alle KPD., KJD. und SPD.-Genossen des WWBd. müssen sich an einer wichtigen Angelegenheit am Sonnabend, den 4. Februar, 7½ Uhr pünktlich in der Schule Gneisenaustraße 23 (Nollendorfplatz) vollzählig einfinden. Die Anwesende der Organisationen sind hierzu eingeladen. Der Kob.-Ausschuß.

Ausschluß.

Der Genosse Johann Paing, Ulrich u. D., ist wegen schwerer Parteischädigung ausgeschlossen.

Oeffentliche Abrechnung über die Gedenkfeier vom 15. Januar.

Gesamt-Einnahmen	8125,— M.
Gesamt-Ausgaben	2220,— „
Ueberschuß	5905,— M.

Der Ueberschuß wurde der KAPD. überwiesen. Der Kassierer.

Quittung.

Als Umlage gingen von Berlin ein . . . . . 500,— M.

Zu Sammlungen:

Nordhausen, Betrieb Gebhardt & Kluge, Liste Nr. 1450	320,— „
Nordhausen, Betrieb Schmidt & Kranz, Liste Nr. 1455	122,— „
Zorge, Betrieb Harzer Werke, Liste Nr. 1452	120,50 „
Ehrich, Arbeitsamnig. im Arb.-Kult.-Verein „Gedanke"	25,65 „
	1148,15 M.
	— 500,— „
	648,15 M.

Nachruf.

Am Mittwoch, den 25. Januar, verstarb nach kurzem Krankenlager unser lieber Partei- und SPD.-Genosse

Alfe.

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

9. Bezirk. 8. Abteilung.

Verantwortl. Redakteur: Holland, Altona. — Verlag des Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Carl Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Roster, Berlin. Anzeigenschluß: Freitag 12 Uhr.

3. Jahrg. Nr. 9. Preis 1 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 40 02. — Verlag unter Streifband: für Berlin 10,— M., nach auswärts 12,— M., nach dem Ausland 25,— M. monatlich.

Nur Arbeit kann den Kapitalismus retten!

Die „Krise" ist überwunden. Sie ist diesmal sogar ohne „verdorrte Hände" überwunden. Es war noch nicht einmal nötig, einen großen Entrüstungsrummel zu inszenieren. Man empfand die „Schmach" sogar nicht mehr. Die deutsche Ausbeuterklasse hat in höchst freundschaftlichen Tone ihren „Feinden" den Plan zugestellt, der die Grundlage für die „Gesundung" der Weltwirtschaft bieten soll.

Die Vorbereitungen und Anstrengungen, die zu diesem „Kompromiß" nötig waren, waren nicht allzu groß. Hinter dem Proletariat machte sich noch nicht einmal sonderlich Widerstand bemerkbar, daß es ihre Lakaien im Parlament für nötig hielten, sich aufzuregen, wozu sie eigentlich da sind. Der Ausschuß für die Ausbeutung des Proletariats, genannt Regierung, erhielt mit erdrückender Majorität das Vertrauen.

Die Regierung hatte auch außergewöhnliches Glück. Die „Bannerträgerin" wurde an ihrem „Kampf" durch einen Geschäftsordnungsantrag verhindert. Es zeigte sich, daß die Bannerträger noch nicht genug parlamentarisch geschult waren, sonst — : Lebebour, der in seinen alten Tagen sich in seiner Rolle als Onkel Pelle sehr zu gefallen scheint, beschwichtigte dies — mögen es gute, anderen gekommen. Durch diesen Zwischenfall jedoch ist der „Bannerträger" [illegible] Erfüllungspolitik [illegible] die Verwirklichung ihres „Werkes" der Stimme enthielt. Menschen von derselben Geistesverfassung, wie diese Partei, werden nichts Außergewöhnliches daran finden, daß die „Bannerträgerin" die Proletarier mit einem Aufruf beglückte, der wenn er überhaupt einen Sinn haben soll, nur gegen den Verfasser selbst gerichtet sein kann.

Die Deutsche Regierung meldet unter anderem in ihrer Note folgendes:

„Durch Vorschriften des Haushaltungsgesetzes sind Vorbedingungen für eine Verminderung der Beamtenstellen getroffen. Und von der Einsicht, von der Gottheit der Proletarier wird es abhängen, ob sie einer neuen Niederlage entgegengehen.

Will das Proletariat sich retten, so gibt es nur eine Möglichkeit, das ist die Zertrümmerung der Gewerkschaften, mit deren Hilfe diese bis zum Weißbluten geleitete Ausbeutung durchgeführt werden soll. Denn nur dann wird es möglich sein, das Proletariat zu einigen und zu retten. Es wird höchste Zeit, daß sich das Proletariat auf seine historische Aufgabe besinnt, das ist die proletarische Revolution und nicht der kapitalistische Wiederaufbau. Madame Geschichte ist eine unerbittliche Lehrmeisterin. Wollte das Proletariat auf diesen Wege fortfahren, den sie seinen eigenen Widersprüchen zusammenschreitenden Kapitalismus retten, so wird es an dieser Aufgabe, ohne dieselbe vollbringen zu können, zugrunde gehen.

Was wollen die Eisenbahner?

„Es ist die gerechtfertigte Auffassung der Reichsregierung, daß der Streik mit den Bestimmungen und dem Wesen des Beamtentums völlig unvereinbar ist."

Wir können nicht umhin zu erklären: wer von dieser Auffassung ausgeht, verlangt, daß er sich in einer Zeit der schwersten Krisis, wo ein ohne „wirtschaftlichen" Streik in seinen Aufsauversuchen hieren läßt, dem ist nicht zu helfen. Es ist eine Lebensfrage für das Kapital, mit allen Mitteln zu verhüten, daß das Proletariat außerst zu schuften und zu hungern.

Die Beamten, die jetzt streiken noch mehr Lohn, befinden sich in einem verhängnisvollen Widerspruch. Ihre geistige Einstellung zu den Geschehnissen läßt sich vielleicht durch den Satz formulieren: „Wir wollen mehr Lohn haben, und das übrige geht uns gar nichts an."

Dies ist eine sehr bequeme, aber umso geistlächerliche Auffassung.

Die Eisenbahner sind die konsequentesten Vertreter der kleinbürgerlichnationalistischen Strömung in der Arbeiterschaft. Sie schreien jedes lieber, der ihnen die Wahrheit sagt, und glauben nun in ihrer Naivität, daß ausgerechnet sie ein Anrecht haben auf ihre Existenz. Ist diese nur in der beschedensten Weise sichergestellt, die übrige Arbeiterschaft geht sie gar nichts an.

Die Eisenbahnbeamten waren stets das gefügigste Werkzeug der Regierung, wenn es galt, für die Niederhaltung revolutionärer Proletarier, die auch um ihre Existenz kämpften, die aber fast von jeder Illusion gewitzt waren, den Kampf bis zum Letzten durchzuführen, die Ordnungsdienste zu transportieren. Sie erstarren jetzt am eisernen Leibe, wenn es heißt, als Proletarier gegen Proletarier zu marschieren.

Wir sagen deshalb den Eisenbahnern: Eure Wut bringt euch keinen Schritt weiter, wenn ihr euch nicht im klaren seid, was ihr denn eigentlich wollt. Ihr führt den Kampf mit den Gewerkschaften. Wo sind diese Gewerkschaften? Es sind die besten Gilden für das Kapital, für den „Wiederaufbau". Ihr werdet eiend. Schlimmeres erleiden, wenn ihr euch nicht klar werdet, was ihr eigentlich wollt. Wollt ihr streiken, gut, dann aber mit allen Mitteln. Das Kapital könnt um seine Existenz. Ihr könnt unmöglich für die Erhaltung des Kapitals einreiben und zu gleicher Zeit streiken.

Wollt ihr um eure Existenz wirklich kämpfen und mit allen Mitteln, so muß das Ziel auf die Uebernahme der Bahnen durch die Eisenbahner gerichtet sein, ebenso wie das Ziel aller Proletarier auf die Eroberung der politischen Macht eingestellt sein muß. Die erste Voraussetzung, dieses Ziel zu erreichen, ist Gottvertrift aller Proletarier unter einem der unerschütterlichen Ziele der Durchführung des Kampfes bis zum Siege, die zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Jeder Versuch, diese proletarische Pflicht zu umgehen, muß und wird zur Niederlage führen, zur „Reinigung der Geister". Das ist die unerbittliche Alternative, vor der es kein Ausweichen gibt.

Rußland und die Konferenz von Genua

Die Einladung Rußlands, an der Konferenz in Genua teilzunehmen, ist auf den ausdrücklichen Wunsch Englands zurückzuführen. Sie bedeutet einen Bruch der von England seit Beginn des Weltkrieges eingeschlagenen Politik und gleichzeitig eine Rückkehr zu der alten Idee, eine Vormachtstellung irgendeiner Macht auf dem europäischen Kontinent nicht zu dulden, sondern mit allen Mitteln ein Gleichgewicht zwischen den einflußreichen Staaten herzustellen. Es sollten wieder Mächtegruppen geschaffen werden, welche sich gegenseitig bekämpfen. Es ist die alte Angst, den Konkurrenzkampf mit dem gesamten kontinentaleuropäischen Wirtschaftskomplex aufnehmen zu müssen.

Der Grund dieser Angst liegt in dem immer stärker werdenden Druck des französischen Imperialismus, dessen Ausdehnungsdrang England immer gefährlicher wird. Die Tannes hat England die dahingehenden französischen Bestrebungen immer unterstützt, da die außereuropäischen Sorgen, welche das britische Reich in seinem Bestand bedrohten, es fast in Anspruch nahmen. Jetzt hat aber der französische Imperialismus so drohende Formen angenommen, daß die englischen Interessen, besonders seit den Tagen von Washington, schwer betroffen wurden. Der französischen Diplomatie ist es gelungen, fast den gesamten [illegible] Kontinent mit Ausnahme von Rußland und Deutschland in Abhängigkeit von Frankreich zu bringen. Außer der engen Verbindung mit Polen hat sie ein ganzes System von bündnisähnlichen Verträgen mit den österreichischen Nachfolgestaaten und dem den Balkan beherrschenden Rumänien geschaffen. Das nächste Ziel war die Einverleibung des deutschen Wirtschaftskomplexes.

Die bisherige Entwicklung hatte England nicht hindern können, aber jeder Schritt vorwärts von seiten Frankreichs mußte seine Wirtschaft untergraben. Es war daher gezwungen, Deutschland den Rücken gegen die französischen Absichten zu stellen. Die deutschen Kapitalisten begriffen sofort die Situation. Rathenau, welcher die Oktober 1921 die alleinige Rettung von einem engen Anschluß an Frankreich erwartete, schloß sich der auf Englands Eingreifen spekulierenden Stinnesgruppe an und zeitte sogar als deren Vertreter. Es wurden auch die notwendigen Abschlüsse getätigt. England war sich aber auch darüber klar, daß Deutschland seinem Drucke nur gegenüber dem Druck der von der französischen imperialistischen Politik geleiteten Staatengruppe nicht einen gewichtigen Stachelt bieten würde. Der deutsche Wirtschaftskomplex mußte zu diesem Zweck in Fluß gebracht werden, denn auf die Reparationszahlungen konnte England nicht verzichten. Ein schwaches Deutschland bot kein Gegengewicht. Seine Stärkung konnte nur durch die Zuweisung eines Absatzmarktes erfolgen, der gleichzeitig im Gegensatz zur französischen Machtgruppe lag. Diese Rolle war Rußland zugelagen und der Deal geschieden. Es wurde auf Grund dieser Zusammenhänge in die englische Politik eingereiht. Damit ist auch sein Wirkungskreis bestimmt. Deutschland und Rußland wurden so zusammengekoppelt zur Vertretung der englischen Kapitalsinteressen auf dem europäischen Kontinent. Sie folgten beide gehorsam dem Befehl und schlossen das deutsch-russische Wirtschaftsabkommen. Die KPD. kann bei diesem einen Programmpunkt stischen, den sie noch in der Resolution zur letzten Zentralausschußsitzung aufgenommen hat. Die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem „Proletarierstaat" Rußland ist erfolgt. Sie wird diese Handlung der deutschen Bourgeoisie als ihren Erfolg buchen. Es ist aber Heuchelei, als diese Behauptung kann einmal ist das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Rußland eine reine kapitalistische Profitangelegenheit, dann verlangt die von den alliierten Mächten in Cannes angenommene Resolution, daß außer der Schuldenanerkennung noch die Grundsätze des Privateigentums und der Freiheit der Person in Rußland anerkannt und durchgeführt wird. Von diesen Bedingungen macht die englische Regierung die Hergabe weiterer Kredite an die russische Regierung abhängig. Bei dieser Lage kann man sich die Stellung Rußlands auf der Konferenz in Genua vorstellen. Wie klar die Sowjetregierung selbst ihre Abhängigkeit vom ausländischen Kapital kennt, geht aus einer Anfrage Krassins hervor, die Beschlüsse des allrussischen Volkswirtschaftsrates betreffend. Er verlangt, Maßnahmen zu treffen in dem Sinne: 1. sollen die Gläubigen des ausländischen Kredit zur Beschaffung der von uns in ihren heimatländern gekauften Waren eröffnen; 2. soll die russische Reichsbank im ganzen Ausland Kredit zur Finanzierung der Großindustrie aufnehmen; 3. sollen den

Ausland entweder die Konzessionen zur Ausbeutung russischer Naturschätze gegeben werden, oder es soll das Recht der Beteiligung an russischen Aktiengesellschaften erhalten.

Wunderbar dazu passen die Worte der „roten Fahne", in denen sie die Stellung Deutschlands und Russland auf der Konferenz in Genua kennzeichnet.

„Während Deutschland mit der Preisgabe seiner Souveränität das Monstrum erbettelt und muß, kommt Russland nicht als Bittender, sondern als Gebender."

Stolz ruft sie auf, daß die Entente mit Russland als gleichgestelltem Staat verhandeln muß. Diese Sätze sprechen Bände für die Einsicht der KPD. in dem Wesen des Kapitalismus. Ihre Bocksprünge werden noch netter, wenn sie für Deutschland die Parole ausgibt, daß „es an der Seite Sowjetrußlands seine Bedingungen den Bedingungen des Kapitals entgegenstellen muß", und im Schlußsatz des Artikels der deutschen Bourgeoisie erklärt, daß „der Platz Deutschlands im eigensten Interesse des Aufbaus der deutschen Wirtschaft, der Erhaltung ihrer Selbständigkeit und der Möglichkeiten ihrer Entfaltung nur an der Seite Lenins sein kann."

Sie kennt sich nicht mehr aus zwischen den Interessen des deutschen Proletariats und des deutschen Kapitals. Sie wirft sie in einen Topf zum Heil Russlands, von dessen kapitalistischem Aufbau sie in jeder Nummer neue Fortschritte konstatiert.

Man mich sich nicht darüber streiten, daß Russland als Absatzgebiet eine Notwendigkeit für die Erhaltung des Kapitalismus bedeutet. Es kommt nur darauf an, in welcher Form es erschlossen wird und auf welcher Grundlage sich seine Wirtschaft aufbaut. Es sollte doch Marxisten nicht schwer fallen, aus dem Getriebe der russischen Wirtschaft die wesentlichen Tatsachen herauszuholen. Die Regierung — die verantwortlich zeichnenden Personen — ist nie maßgebend, sondern das System der Wirtschaft, aus dem sich die Stellung und die Rechte des einzelnen ergeben. Das System ist der Kapitalismus und die Stellung des einzelnen notwendigerweise die eines „freien Arbeiters". Man muß als Proletarier auch den Mut haben, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Ein „Mitarbeiter" mit der Grundlage des Privateigentums, kann weiterhin kein Kampfziel des Proletariats bilden. Die Blindheitspolitik zwischen Deutschland und Russland zu unterstützen, heißt den Wiederaufbau des Kapitals an der Seite von Stinnes zu fördern. Die Aufgabe des deutschen Proletariats besteht nicht darin, englische Geschäfte zu betreiben. Auch diese widernatürliche Arbeitsgemeinschaft muß aufgehoben werden.

Eine Justiztragödie

Unter dieser Ueberschrift erörterten wir unlängst die Untersuchungshaft des Genossen Fritz Kunecke aus Westeregeln. Zu unserer Darstellung teilt uns Genosse Hegewisch aus Celle noch folgendes mit:

Nachdem bis jetzt alle bei den Behörden unternommenen Schritte gegen Haftentlassung des Genossen Kunecke, einer Kriegsverletzten, vergeblich waren, wandten der kommunistische „Verbraucher" am 22. d. M. an, wie ich soeben erfahre, in den Hungerstreik getreten ist, fühle ich mich verpflichtet, nicht bloß gegenüber der kommunistischen Oeffentlichkeit, sondern auch gegenüber denjenigen Zeilen der Bevölkerung, bei denen das Schamgefühl noch nicht vor die Hunde gegangen ist, auf folgendes hinzuweisen:

Am 12. Oktober 1921 habe ich als Verteidiger des Genossen Kunecke im Untersuchungsgefängnis in Magdeburg besucht. Kunecke ist einer Bogenrissigkeit im Bein, sein rechtes Bein war ihm unterhalb des Knies amputiert, der Beinstumpf war noch verbunden. Nach einem Besuch bei Kunecke verpflichtete ich persönlich sofort mit dem vom Reichsgericht bestellten Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Müller aus Magdeburg, über den Haftbefehl. Bei dieser Unterredung bestätigte mir der Untersuchungsrichter die Angabe des Genossen Kunecke, daß Kunecke die nur kurzen auf seine eigenen Kosten, also nicht als Untersuchungsgefangener, im Krankenhaus gelegen habe, daß erst vor kurzem der Haftbefehl gegen Kunecke wegen Fluchtverdacht erlassen und Kunecke auf Grund dieses Haftbefehls vom Krankenhause in das Untersuchungsgefängnis überführt sei. Landgerichtsrat Müller zeigte bei dieser Unterredung keine Neigung von sich aus, den Haftbefehl aufzuheben, er erklärte, er wolle ein ärztliches Gutachten darüber einholen, ob Kunecke mit seinem verbundenen Beinstumpf fliehen könne, obwohl er bis jetzt noch untätigerig sei und noch nicht Gelegenheit gemacht habe, einen Sachverständigen zu nehmen; ich kündigte ihm Haftbeschwerde an das Reichsgericht an. Die Haftbeschwerde an das Reichsgericht ist von mir am 12. Oktober eingelegt; ich wies darauf hin, daß ein Mann, der noch beflügerig sei, der nach der Amputation des Beines noch temporär Gehstützen gebraucht hatte, unbedenklich nach Russland entlassen werden könne, da bei Kunecke einer solchen Maßnahme das menschlichen Empfinden von vornherein zur Unzulässigkeit verurteilt sei.

Eine Abschrift der Haftbeschwerde sandte ich am 12. Oktober an das Reichsgerichtsgericht, und zwar mit folgendem Anschreiben:

Halle a. S., Barfüßerschäfte 14.

An das Reichsgerichtsgericht
in Berlin.

In der Strafsache gegen den Landwirt Fritz Kunecke aus Westeregeln übersende ich in der Anlage Abschrift meiner Haftbeschwerde an das Reichsgericht, damit das Reichsgerichtsgericht in die Lage versetzt wird, den Herrn Oberreichsanwalt in Leipzig anzuweisen, auch seinerseits die Aufhebung des Haftbefehls zu beantragen bzw. der Aufhebung zuzustimmen.

Mit Rücksicht darauf, daß mein weiter Auffassung diese Untersuchungshaft ein öffentlicher Skandal ist, habe ich der Zentrale der Kommunistischen Parteien der Tschechoslowakei unter Beifügung meiner Haftbeschwerde unterbreitet.

gez. Hegewisch, Rechtsanwalt.

Als im November 1921 in der Hauptverhandlung vor dem Reichsgericht in dem Sachsischer Putschprozeß eine große Zahl von Angeklagten, die 14 Monate in Magdeburg in Untersuchungshaft gesessen hatten, infolge dieser Untersuchungshaft im Gerichtssaal zum Teil unter heftigen Krämpfen zusammenbrachen, hatte ich am 21. November wegen dieser Angelegenheit mit dem Reichsjustizminister Radbruch in Gegenwart meines Mitverteidigers, Justizrat Victor Frankl in Berlin, sowie der Mitarbeiter des Reichsjustizministers, nämlich des Ministerialrats Mende und des Staatssekretärs Joel, eine Besprechung. Da in dieser Verhandlung der Reichsjustizminister die auch ausgeführte Ansicht aussprach, am nächsten Tage den Oberreichsanwalt mündlich in Berlin über die Tortur der 14monatlichen Untersuchungshaft zu hören, hat ich den Reichsjustizminister Radbruch, bei dieser Konferenz mit dem Oberreichsanwalt auch den Fall Kunecke zu besprechen. Der Reichsjustizminister Radbruch sagte dies zu, wobei er unter zustimmenden Reden des Ministerialrates Mende und des Staatssekretärs Joel erklärte: „Ja, wir kennen den Fall bereits."

Die mehrheitssozialistische „Volkstimme" in Magdeburg hat zu der Darstellung des „Klassenkampfs" folgendes geschrieben:

„Wir können nicht nachprüfen, ob die Angaben des „Klassenkampfs" in aller Einzelheiten den Tatsachen entsprechen. Es ist aber schon eine ganz unerhörnhäufige Härte, einen Mann, der ein Bein verloren und seit Monaten seelisch zu leiden hat, als „fluchtverdächtig" im Gefängnis zu behalten. Das Gesindel, das am Kapp-Putsch beteiligt war, hat man mit außerordentlicher Höflichkeit behandelt. Wir wissen nicht, welche Wege die Beschwerde an den Reichsjustizminister genommen, welche Stellen in Frage kommen, ob schon eine Entscheidung durch den Justizminister getroffen ist oder nicht."

Die „Volkstimme" in Magdeburg muß sich nunmehr von „Genossen" Radbruch bestätigen lassen, daß er persönlich und seine nahegehenden Mitarbeiter den Fall Kunecke seit dem 22. Oktober bzw. dem 21. November 1921 genau kennen. Die „Volkstimme" in Magdeburg kann ja auch ihren „Genossen" Radbruch fragen, ob er als Reichsjustizminister dem Herrn Oberreichsanwalt in Leipzig den dienstlichen Befehl gegeben hat, die Aufhebung des Haftbefehls bei dem Reichsgericht zu beantragen bzw. meinem Aufhebungsantrage zuzustimmen. Hat der Reichsjustizminister diese Anweisung zu der er gesetzlich befugt ist, an den Oberreichsanwalt nicht gegeben, so hat der Reichsjustizminister nicht den Mut, den er bei seinen Ausführungen vor dem Reichstag, daß er „ein Feind jeder Willkürherrschaft" sei, bei dem Justizminister, der ja ein Sozialdemokrat ist, zu betätigen. Der Justizminister ist aber nicht, wie